

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
Abkürzungsverzeichnis	17
Kapitel 1: Einleitung	19
Kapitel 2: Ziel der Arbeit und Gang der Untersuchung	25
Kapitel 3: Die Leitungsaufgabe des Vorstands gemäß § 76 AktG	27
A. Eigenverantwortliche Leitung der Gesellschaft	27
I. Begriff der Leitung	27
II. Ungeschriebene Kompetenzen der Hauptversammlung	28
III. Unveräußerlichkeit der Leitungsmacht	29
1. Betriebsführungsverträge	29
2. Sonstige schuldrechtliche Selbstbindungen des Vorstands	30
IV. Konzernleitungspflicht	32
B. Eigenverantwortlichkeit und Unternehmensinteresse	33
I. Eigenständiges Unternehmensinteresse	34
1. Meinungsstand	34
2. Stellungnahme	35
II. Shareholder Value als maßgebliches Interesse	35
1. Meinungsstand	35
2. Stellungnahme	36
III. Unternehmensinteresse als Interessenpluralismus	37
1. Moderater Shareholder-Value-Ansatz versus Gleichrangigkeit der Interessen	37
2. Stellungnahme	38
C. Fazit	40
Kapitel 4: Weitere Pflichten des Vorstands	41
A. Berichtspflichten	41
B. Informationspflichten	42
I. Hauptversammlung	42
II. Aktionär	42
C. Mitteilungspflichten	42

D. Sonstige Pflichten	43
I. Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG	43
II. Führung der Handelsbücher gemäß § 91 Abs. 1 AktG	44
III. Jahresabschluss gemäß § 242 HGB	44
IV. Bilanzzeit gemäß § 264 Abs. 2 S.3 HGB	45
V. Einrichtung eines Risikoerkennungssystems gemäß § 91 Abs. 2 AktG	45
VI. Insolvenzantragspflicht gemäß § 15 a InsO	46
E. Pflichten im Zusammenhang mit Unternehmens- und Beteiligungskäufen	47
I. Vorstand der Erwerbergesellschaft	47
II. Vorstand der Veräußerergesellschaft	48
III. Vorstand der Zielgesellschaft	49
F. Fazit	50
Kapitel 5: Der Verhaltensstandard des § 93 Abs. 1 S.1 AktG	51
A. Die Sorgfaltspflicht	51
I. Das Verhältnis zwischen unternehmerischem Ermessen und Sorgfalt (ARAG-Garmenbeck-Urteil)	52
II. Die Sorgfaltspflichten im Einzelnen	53
1. Pflicht zu gesetzestreuem Verhalten	53
a) Externe Legalitätspflicht	53
b) Interne Legalitätspflicht	54
c) Bindung an den Unternehmensgegenstand und Zustimmungsvorbehalte	55
2. Überwachungspflicht	55
3. Organisationspflicht	56
III. Fallgruppen der Sorgfaltspflicht	57
1. Spekulative Geschäfte	57
2. Darlehen	59
3. Ansprüche der Gesellschaft und Ansprüche gegen die Gesellschaft	59
4. Sozialbezogene Aufwendungen	61
a) Allgemeine Spenden	61
b) Spenden an politische Parteien	62
IV. Konkretisierung der Sorgfaltspflichten durch den Deutschen Corporate Governance Kodex?	63
B. Die allgemeine Treuepflicht des Vorstands	65
I. Allgemeines	65
II. Verschwiegenheitspflicht gemäß § 93 Abs. 1 S.3 AktG	67
III. Wettbewerbsverbot gemäß § 88 AktG	69
C. Fazit	70

Kapitel 6: Die „Business Judgment Rule“ gemäß § 93 Abs. 1 Satz 2 AktG	71
A. Einführung	71
B. Der Haftungsfreiraum in dogmatischer Hinsicht	72
I. Die herrschende Meinung	72
II. Zwischenergebnis	74
III. Die Ansicht von Fleischer	74
IV. Stellungnahme	75
C. Rechtsfolgen der „Business Judgment Rule“ im Falle ihrer Nichtanwendbarkeit	76
D. Die einzelnen Tatbestandsmerkmale der „Business Judgment Rule“	76
I. Unternehmerische Entscheidung	76
1. Entscheidung	76
2. Unternehmerisch	77
II. Entscheidung frei von Eigeninteressen	79
III. Das Annehmendürfen auf der Grundlage angemessener Information sowie zum Wohle des Unternehmens zu handeln	80
1. Handeln zum Wohle des Unternehmens	80
2. Angemessene Information	81
3. Annehmendürfen	82
4. Die richterliche Inhaltskontrolle	83
E. Die Beweislast im Rahmen der „Business Judgment Rule“	87
F. Fazit	87
Kapitel 7: Die Haftung des Vorstandsmitglieds gemäß § 93 Abs. 2 AktG	89
A. Einleitung	89
B. Die einzelnen Voraussetzungen der Haftung	90
I. Vorstandsmitglied	90
1. Das fehlerhafte Organ	90
2. Das faktische Organ	91
a) Meinungsstand	91
b) Stellungnahme	91
II. Pflichtverletzung	92
III. Vorstand als Kollegialorgan	93
IV. Verschulden	94
V. Schaden und Kausalität	95
VI. Beweislast	96
C. Fazit	97

Kapitel 8: Die im Aktiengesetz normierten Mechanismen zur Durchsetzung der Schadensersatzansprüche nach § 93 Abs. 2 AktG	99
A. Geltendmachung aufgrund eines Hauptversammlungsbeschlusses	99
B. Bestellung eines besonderen Vertreters zur Geltendmachung	100
I. Bestellung durch die Hauptversammlung	100
II. Bestellung durch das Gericht	101
III. Stellung des besonderen Vertreters	103
1. Das Urteil des OLG München vom 28.11.2007	103
2. Stellungnahme	104
C. Geltendmachung durch die Gläubiger gemäß § 93 Abs. 5 AktG	105
I. Einführung	105
II. Die besonderen Voraussetzungen der Geltendmachung nach § 93 Abs. 5 AktG	106
1. Keine Befriedigung des Gläubigers durch die Gesellschaft	106
2. Schadensersatzanspruch der Gesellschaft gegen Organmitglied	106
D. Die Neuregelung des § 148 AktG – Die Geltendmachung durch eine Aktionärsminderheit	107
I. Die Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer Klage gemäß § 148 Abs. 1 AktG im Einzelnen	108
1. Quorum	108
2. Nachweis über den Erwerb der Aktien vor Kenntnis der Pflichtverletzung	108
3. Nachweis über die vergebliche Aufforderung der Gesellschaft zu eigener Klage durch die Aktionäre	109
4. Verdacht der Unredlichkeit oder einer groben Verletzung von Satzung oder Gesetz	110
5. Keine überwiegenden Gründe des Gesellschaftswohls	112
II. Rechtsfolgen des Beschlusses über die Klagezulassung	112
III. Das Recht der Gesellschaft auf eigene gerichtliche Geltendmachung	113
1. Eigene Klageerhebung durch die Gesellschaft	114
2. Klageübernahme durch die Gesellschaft	115
IV. Die Beendigung der einzelnen Verfahren	115
1. Beendigung des Klagezulassungsverfahrens durch Beschluss	115
2. Beendigung des Klagezulassungsverfahrens durch Vergleich	116
3. Beendigung des Klageverfahrens der Aktionäre durch Vergleich oder Urteil	116
4. Beendigung eines Verfahrens der Gesellschaft durch Vergleich oder Urteil	119
E. Fazit	120

Kapitel 9: Die Überwachungsaufgabe des Aufsichtsrats	121
A. Inhalt der Überwachung	122
B. Formen der Überwachung	123
I. Vergangenheitsbezogene Kontrolle	123
II. Präventive Überwachung	124
C. Qualität der Überwachung	125
I. Rechtmäßigkeit	126
II. Wirtschaftlichkeit	127
III. Zweckmäßigkeit	127
IV. Ordnungsmäßigkeit	127
D. Abstufung der Überwachungspflicht	128
E. Einwirkungsmöglichkeiten des Aufsichtsrats	129
I. Geschäftsordnung	129
II. Zustimmungsvorbehalte	130
III. Personalkompetenz des Aufsichtsrats	132
F. Fazit	133
Kapitel 10: Recht und Pflicht des Aufsichtsrats zur Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen aus § 93 Abs. 2 AktG	135
A. Die erste Stufe des ARAG/Garmenbeck-Urteils	135
I. Erfüllung des Tatbestands des § 93 Abs. 2 AktG durch das Vorstandsmitglied	135
II. Analyse des Prozessrisikos und der Beitreibbarkeit der Forderung	136
1. Die Argumentation des BGH bezüglich des Ausschlusses eines unternehmerischen Ermessens	136
2. Die Rezeption in der Literatur	137
a) Die Kritik von Heermann	137
b) Die Kritik von Dreher	137
c) Stellungnahme	137
3. Die Einordnung in den Erkenntnisbereich durch den BGH	138
a) Ermittlung und Würdigung des Sachverhalts	138
b) Analyse des Prozessrisikos und der Beitreibbarkeit der Forderung	139
4. Die „Jedermann“-Argumentation von Raiser und des BGH	139
5. Die Trennung von nachträglicher Überwachung und präventiver Kontrolle durch den BGH	140
B. Die entsprechende Anwendung des § 93 Abs. 1 S.2 AktG auf den Aufsichtsrat	141
I. Die unternehmerische Entscheidung des Aufsichtsrats	142

II. Anwendung dieser Ergebnisse auf die verschiedenen Stufen (Entscheidungen) des ARAG/Garmenbeck-Urteils	143
1. Inhaltliche Anforderungen an die einzelnen Prüfungsschritte	144
a) Ermittlung und Würdigung des Sachverhalts	144
b) Außergerichtliche Durchsetzung der Forderung	145
c) Anforderungen an die Analyse des Prozessrisikos und der Bei- treibbarkeit der Forderung	145
C. Die zweite Stufe des ARAG/Garmenbeck-Urteils	147
I. Rücksicht auf das Gesellschaftswohl	147
1. Die Schaffung eines begrenzten Ermessens durch den BGH	147
2. Die Rezeption in der Literatur	147
3. Stellungnahme	148
a) Unternehmensinteresse	148
b) Die Belange und Interessen der Gesellschaft im Einzelnen	149
aa) Von der Vorinstanz aufgestellte Kriterien	149
bb) In der Person des Vorstandsmitglieds liegende Gründe	149
cc) Die vom BGH für maßgeblich erachteten Belange	150
D. Das beeinträchtigte Unternehmensinteresse als Schaden	151
I. Zurechnung	151
1. Äquivalenztheorie	152
2. Adäquanztheorie	152
3. Schutzzweck der Norm/Rechtswidrigkeitszusammenhang	153
4. Schadensbeeinflussende oder –verursachende Handlungen des Geschädigten	154
E. Fazit	155
 Kapitel 11: Die Directors & Officers Liability Insurance (D & O-Versicherung)	 157
A. Einleitung	157
B. Die Funktionsweise und die Beteiligten einer D&O-Versicherung	158
I. Allgemeines	158
II. Beschränkungen des Versicherungsschutzes	159
C. Interessenlage	161
I. Das Interesse des Organmitglieds als versicherte Person	161
II. Die Interessen der Gesellschaft als Versicherungsnehmer	162
III. Stellungnahme	164
D. Kompetenz zum Abschluss einer D&O-Versicherung	165
E. Die Zulässigkeit der D&O-Versicherung aus aktienrechtlicher Sicht	166
I. Verstoß gegen § 93 Abs. 4 S.3 AktG	166

II. Unzulässigkeit der D&O-Versicherung wegen Umgehung des schadenspräventiven Normzwecks des § 93 Abs. 2 AktG	167
1. Die herrschende Meinung	167
2. Stellungnahme	168
III. Selbstbehalt	171
1. Begriffsbestimmung	171
2. Die Höhe des Selbstbehalts	171
F. Pflicht zum Abschluss einer D&O-Versicherung	172
G. Fazit	173
 Kapitel 12: Der Stein des Anstoßes: Die Auswirkungen der entwickelten Rechtsgrundsätze am Beispiel der Korruptionsaffäre bei der Siemens AG	 175
A. Einleitung	175
B. Der Sachverhalt	175
I. Behördliche Ermittlungen und Aufklärung	175
II. Die Vorwürfe im Einzelnen	177
C. Die Anwendung der entwickelten Rechtsgrundsätze auf den Fall Siemens	179
I. Die Verantwortlichkeit des Gesamtvorstands und seiner Mitglieder	179
1. Legalitätspflicht und Unternehmensinteresse	179
2. Die Pflicht des Vorstands zur Überwachung und Organisation	181
a) Die Überwachung der Mitarbeiter	181
b) Die Organisation des Unternehmens	182
c) Der ersatzfähige (kausale) Schaden des Unternehmens	185
II. Zur Überwachungsaufgabe des Aufsichtsrats	187
1. Überwachung im engeren Sinne	187
2. Geltendmachung	188
D. Fazit	190
 Kapitel 13: Zusammenfassung in Thesen	 193
Kapitel 14: Zusammenfassung und Ausblick	197
Literaturverzeichnis	199